

# Missbrauchsskandal: Ist Telford auch bei uns möglich?



Von NEMO | Telford, eine Reißbrettstadt bei Birmingham im mittleren England mit rund 162.000 Einwohnern, sorgt derzeit weltweit für Schlagzeilen. Kriminelle moslemische Banden asiatischen Ursprungs sollen jahrzehntelang minderjährige Mädchen missbraucht und zur Prostitution gezwungen haben.

Der aktuelle sexuelle Missbrauchs-Skandal reicht an den Rotherham-Skandal von 2013 heran. In beiden Fällen schauten die Behörden weg aus Angst, als rassistisch zu gelten. In Deutschland wagen die Medien das Udenkbare noch nicht zu formulieren: Wäre Telford und Rotherham auch bei uns möglich?

Die Fakten: In Telford wurden nach Recherchen der Zeitung „Sunday Mirror“ junge Mädchen über Jahrzehnte hinweg gefoltert, unter Drogen gesetzt, vergewaltigt und zur Prostitution gezwungen.

Insgesamt sollen rund tausend Kinder und Jugendliche betroffen sein – einige von ihnen nicht älter als elf Jahre. Eine Mutter und vier der missbrauchten Mädchen seien gar zu Tode gekommen, schreibt die FAZ.

## **Rotherham**

In Rotherham, der früheren trostlosen Zechenstadt mit 120.000 Einwohnern in Mittel-England, wurden zwischen 1997 und 2013 mehr als 1.400 Mädchen von moslemischen pakistanischen Banden sexuell missbraucht (PI-NEWS berichtete).

Es gibt eine eklatante Gemeinsamkeit bei beiden Skandalen: die politische Korrektheit. Die Behörden schwiegen, weil man nicht als „rassistisch“ oder „islamophob“ gebrandmarkt werden wollte.

Rotherham galt als die „Stadt des Schweigens“: Stadtangestellte, die klare Hinweise missachteten, Polizisten, die Vergewaltigungsoffer einschüchterten statt deren Anzeigen aufzunehmen, und die bei Razzien minderjährige Mädchen festnahmen und nicht deren Zuhälter. Eine Gutachterin berichtete später, die Stadtoberen hätten auf ihre Ergebnisse „mit Widerstand und Feindseligkeit“ reagiert. Selbst der Polizeichef habe ihr im Hinblick auf die Untersuchungen bedeutet, „so etwas nie wieder zu tun“.

In den darauffolgenden Jahren erhielten die Stadtoberen Rotherhams weitere Berichte – und auch diese wurden als aufgebauscht zurückgewiesen. Zeitungen, die über die Vorgänge in der nordenglischen Labour-Kommune berichteten, hielt man politische Einseitigkeit vor.

Schließlich wurde bekannt, dass die nationale Polizeibehörde „National Crime Agency“ gegen einige Rotherhamer Stadträte und Polizisten mit pakistanischen Wurzeln ermittelte. Sie sollen selbst den Kinderschänderringen angehört und womöglich ein strafrechtliches Vorgehen behindert haben.

Ein Sozialarbeiter in Rotherham sah 2015 einen direkten Zusammenhang zwischen den Verbrechen an den Minderjährigen und dem Islam. „Die lesen schon im Koran, dass Mohammed zwölfjährige Mädchen im Bett hatte. Die haben kulturell einfach ein anderes Bild von Frauen“, sagt er.

Zwei Einwohnerinnen, von einem Reporter der FAZ 2015 befragt, berichteten ihm: „Man darf es ja nicht sagen, aber natürlich haben wir hier ein Problem mit den Muslimen.“ Bis vor ein paar Jahren, sagt die jüngere, habe sie gar nicht gewusst, „dass es so viele von denen gibt“.

## **Ist organisiertes Verbrechen solchen Ausmaßes in Deutschland denkbar?**

Zur Klarstellung: es gibt derzeit keinerlei Hinweise, die einen Verdacht wie in England rechtfertigen würden. Sehr wohl aber gibt es parallele Strukturen, die bei nüchterner Betrachtung Anlass zum Hinterfragen geben. Und sei es zum Zweck, Vorfälle wie in England zu sensibilisieren und im Ansatz zu verhüten. In England konnten die kriminellen moslemischen Gangs nur deshalb lange Zeit ungehindert ihren brutalen Verbrechen nachgehen, weil ein Nachfragen und Erörtern in der Gesellschaft sakrosankt waren.

Was ist mit englischen Verhältnissen vergleichbar? Hier einige Beispiele:

– Das Fluten deutscher Städte mit zwei Millionen kulturfremder Menschen, hauptsächlich mit arabischem Migrationshintergrund und moslemisch, darunter massenhaft jüngere Männer mit geringem sozialen Status im Rahmen der Flüchtlingspolitik. Jährlich kommt künftig eine Großstadt Migranten von der Größenordnung Mainz hinzu.

– Das Anwachsen krimineller Clanstrukturen über Jahre wie in Berlin. Der Straßenstrich ist in der Hand arabischer Großfamilien, berichtete kürzlich die „Welt“ in einer Großreportage. Zsigfach in Deutschland ist das Anwachsen von No-Go-Areas mit Abschottung von häufig kriminellen Zuwanderer-Clans zu verzeichnen.

– In Deutschland ist für Kritiker des herrschenden Systems das Handykap allgegenwärtig und wird zur gesellschaftlichen und beruflichen Überlebensfrage, rassistisch sofort unter Verdacht zu geraten und gebrandmarkt zu werden.

– Seit Köln Silvester 2016, als Polizei und Medien tagelang zu den massenhaften sexuellen Angriffen auf Frauen auf dem Domplatz schwiegen und erst durch die sozialen Netzwerke zum Tätigwerden veranlasst wurden, sind Schweigespiralen wie in

Telford und Rotherham auch in Deutschland Tatsache. Auch in anderen großen deutschen Städten gab es ähnliche Situationen und Vertuschungsmechanismen. Das heißt: Das kriminelle Potential für sexuelle Unterdrückung islamrelevanter Täterschaft ist vorhanden, die Gefahr behördlichen Wegschauens ebenfalls.

– Von der Berliner Politik wurde auch bis zuletzt vehement bestritten, dass durch Grenzöffnung Terroristen einsickern könnten. Bis zum verheerenden Anschlag auf Berliner Weihnachtsmarkt. Die Neigung zu bestreiten, dass es nicht gibt, was nicht sein darf, ist systemimmanent.

– Das Aufoktroieren politischer Korrektheit ist seit Köln 2016 nicht verschwunden, sondern äußert sich nur differenzierter. Dazu gehört das Relativieren sexueller Angriffe auf Frauen, das systematische Verschweigen von Herkunft und Identifikationsmerkmalen ausländischer Straftäter. Das bewusste Unterlassen von Herkunftsdaten ist mittlerweile Standard und dient dazu, die Bevölkerung zu verunsichern, ob es sich um deutsche oder ausländische Täter handelt. Das verschleiert die Verbrechen krimineller Ausländer.

– Die Rabatt-Urteile einer laschen Justiz sind nicht geeignet, kriminelle Strukturen im Keim zu ersticken.

Nochmals: Ein Verdacht auf skandalöse Verhältnisse englischen Ausmaßes liegt nicht vor. Aber: Muss nicht alles getan werden, um das zu verhindern? Muss es nicht ein Umdenken geben, die Dinge nüchtern und realitätsnah zu betrachten und nicht durch die ideologische Brille? Müssen wir nicht von einer Anklage-Kultur Abstand gewinnen, die jeden, der berechtigte Kritik übt, einen Rassisten oder Nazi nennt? Müssen nicht die Sicherheitsbehörden, insbesondere die Polizei, ermutigt werden, die nachweislich anwachsende Kriminalität durch Ausländer stringent zu bekämpfen, anstatt sie zu entmutigen, dass sie die Augen schließen aus Furcht, als

ausländerfeindlich zu gelten?

Hierzu die Worte von Sarah Champion, Abgeordnete der Labour Party des Wahlkreises Rotherham, anlässlich des Skandals. Sie erklärte, politische Korrektheit habe das Problem verschärft. Der Fall stelle „einen organisierten Angriff auf weiße Kinder von Männern aus einer bestimmten ethnischen Gruppe“ dar. Beamte hätten Jahre lang tatenlos zugesehen, weil sie „mehr Angst davor hatten, als Rassisten bezeichnet zu werden, als davor, Kindesmissbrauch zu übersehen“.